

Die Bundesrepublik in ihrer demokratischen Grundordnung

Lerneinheit in der Orientierungswoche am
Institut für Weltkirche und Mission –
Philosophisch-Theologische Hochschule
Sankt Georgen, Frankfurt am Main

01. August 2023

Referentin: Cornelia Fürpahs-Zipp M.A.

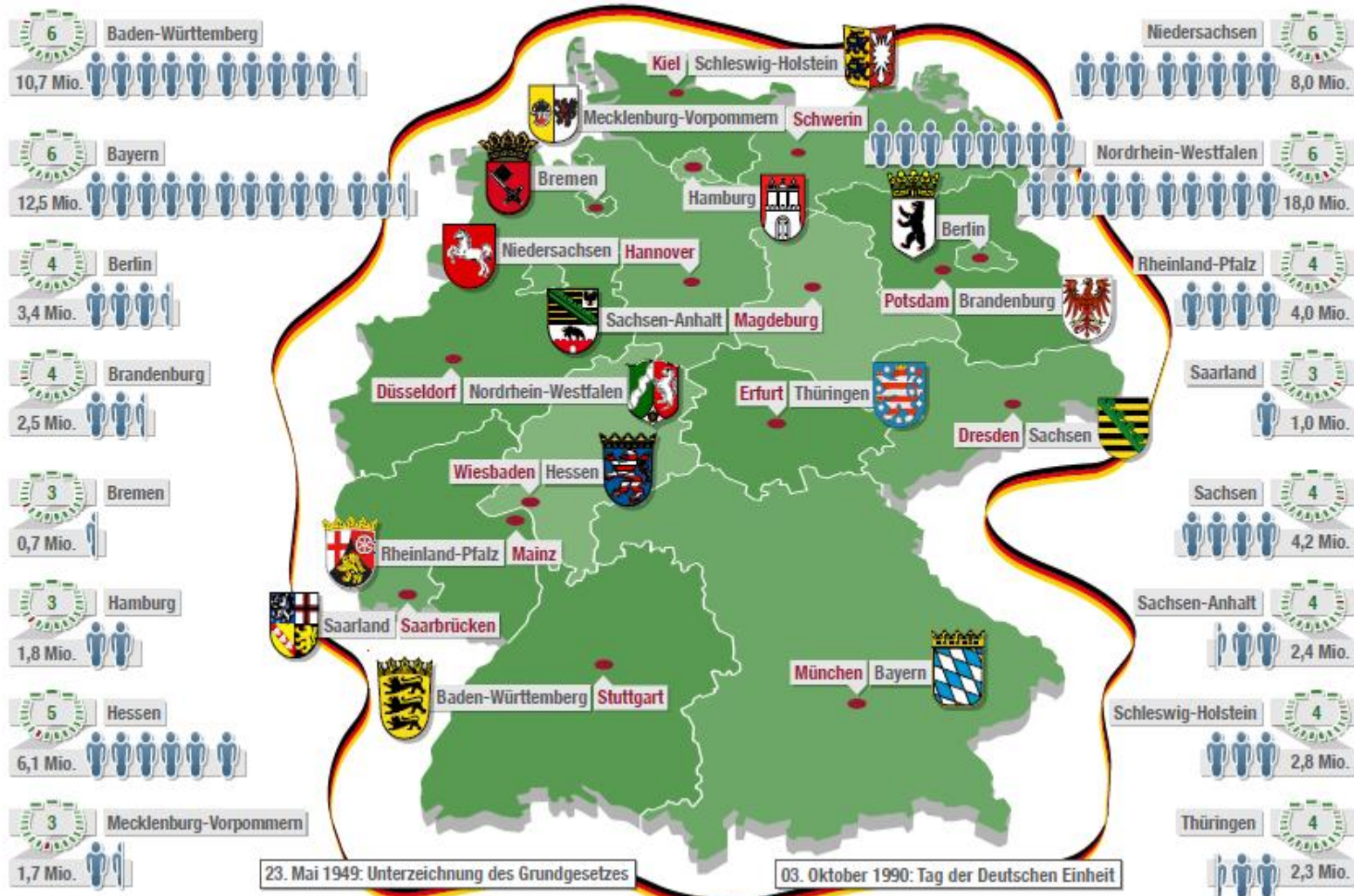
Bitte schreiben Sie 3 Wörter auf an die Sie denken wenn Sie die Begriffe Staat und Politik hören.
Sie können auch Namen von Personen notieren.





Föderalismus und Bundesländer

Bundesländer mit Hauptstädten, Einwohnern und Stimmen im Bundesrat



Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de





Art 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie zu

achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu

unverletzlichen und unveräußerlichen

Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen

Gemeinschaft, des Friedens und der

Gerechtigkeit in

der Welt.

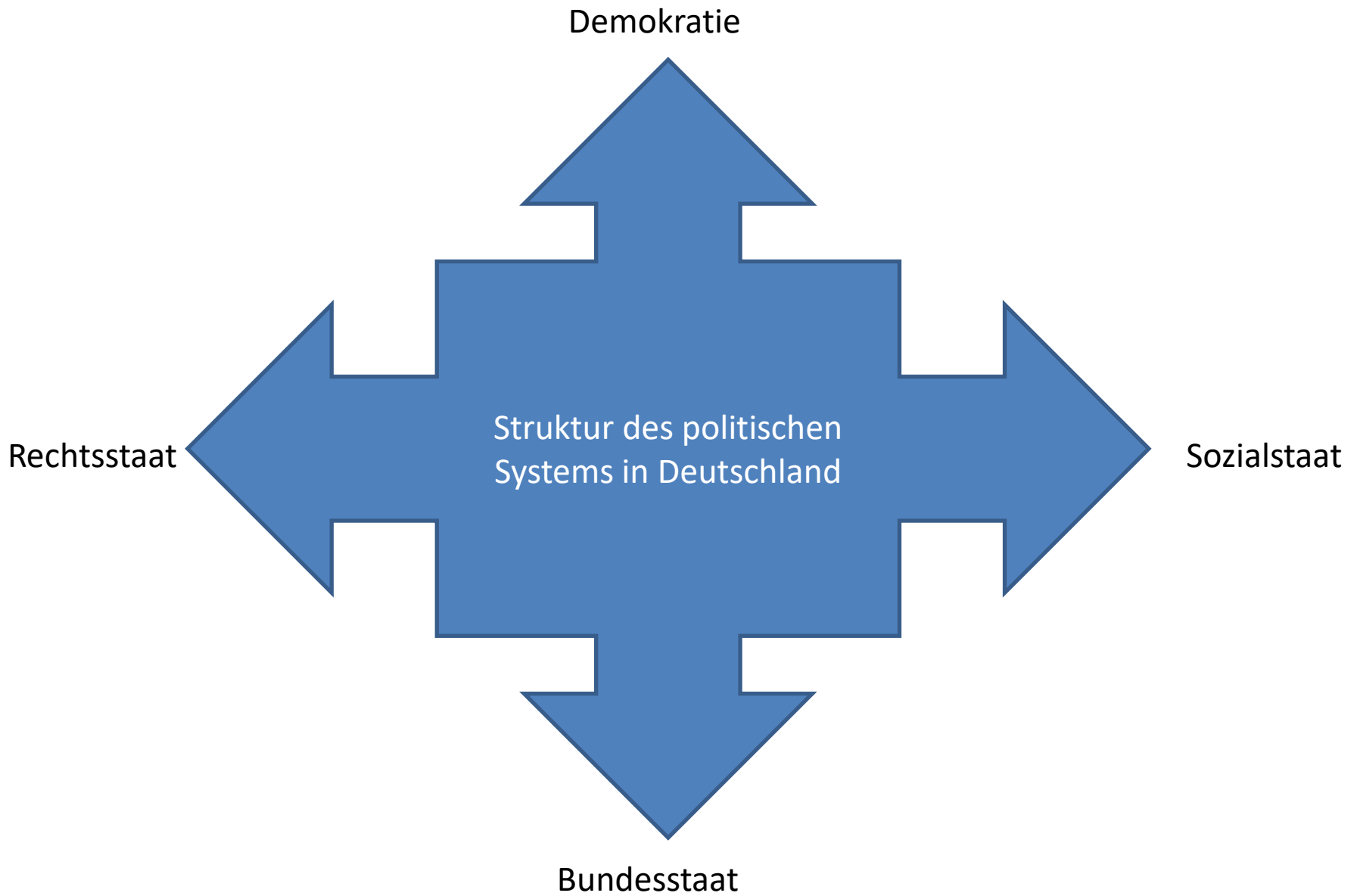
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden

Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und

Rechtsprechung als unmittelbar geltendes

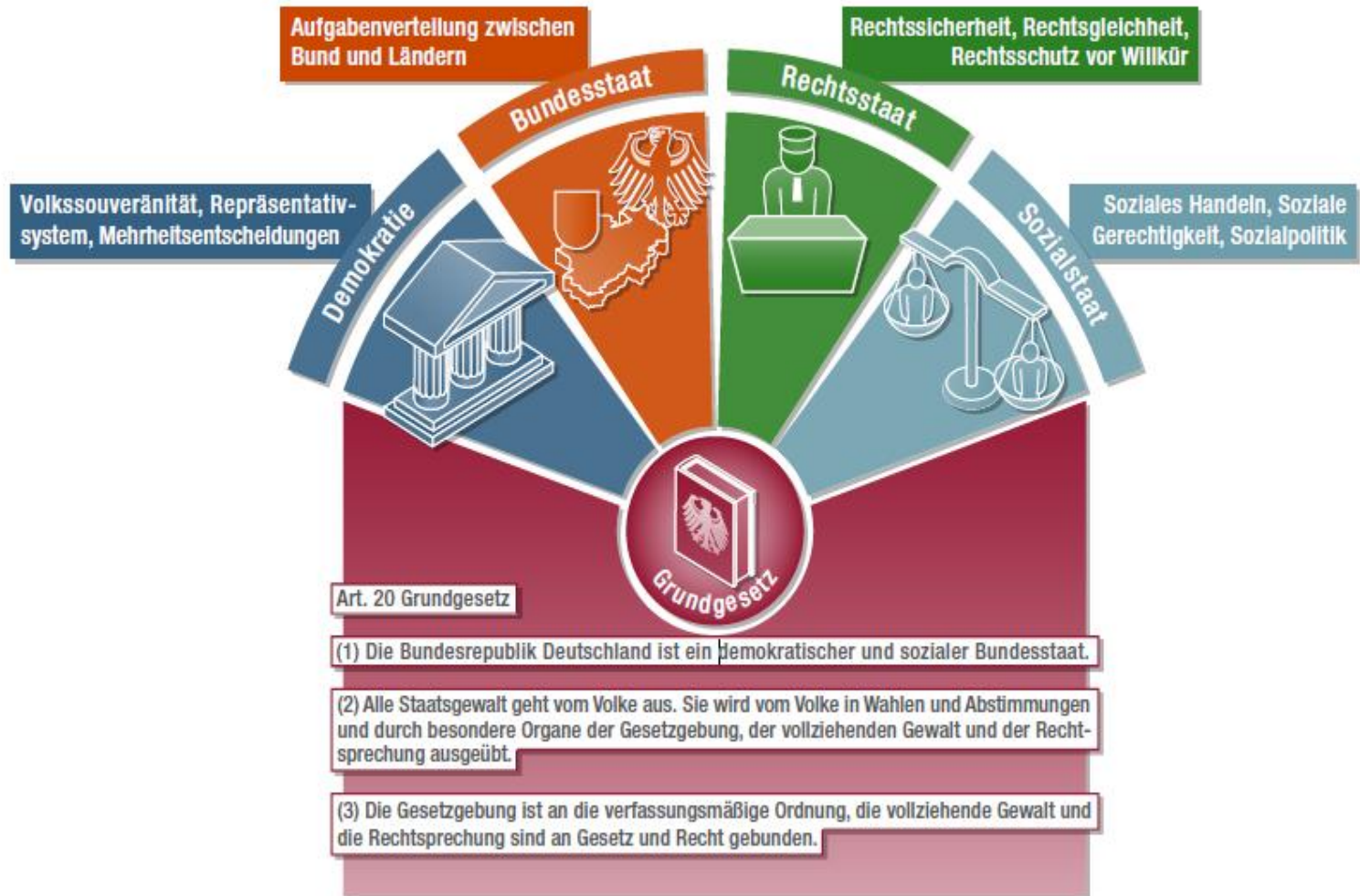
Recht.





Strukturprinzipien des Grundgesetzes

Grundsätze der Verfassung

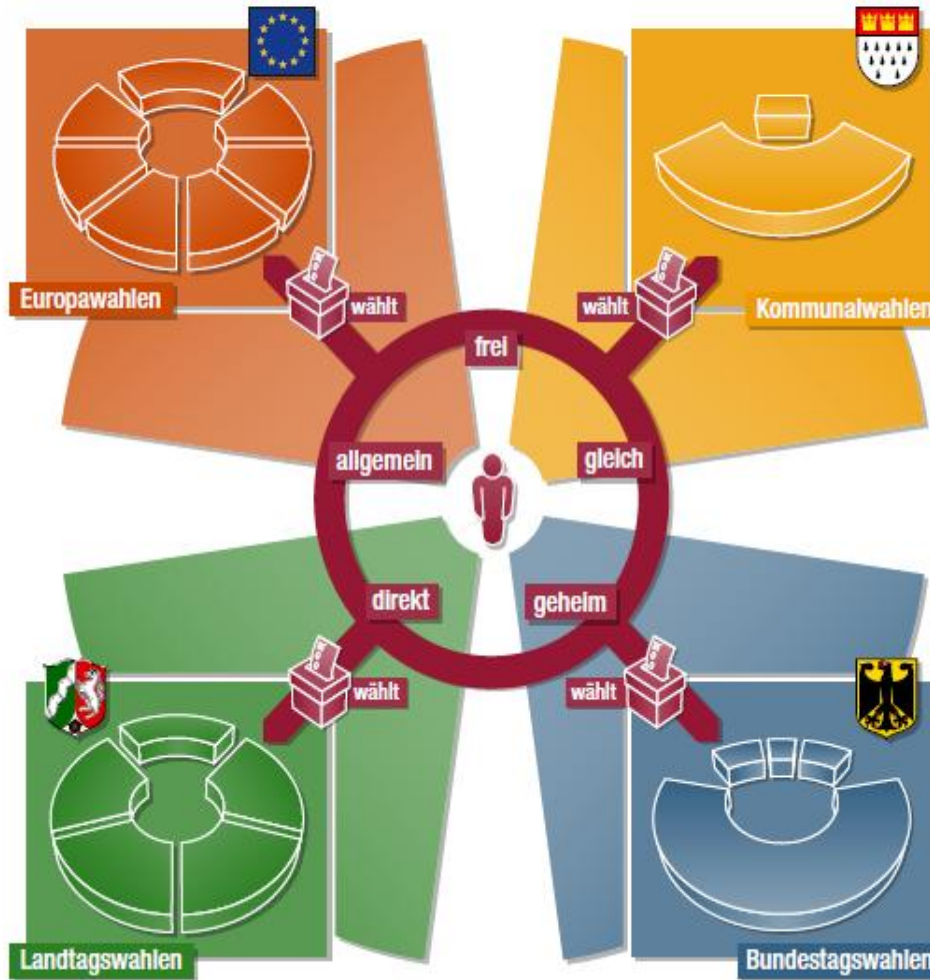


Wahlveranstaltung in Frankfurt am Main = Wahlvolk



Wahlen

Wahlgrundsätze und Beispiele für Abstimmungen





Kommune

Kommunalverfassung HGO, HKO und KWG

Hessische Gemeindeordnung,

Hessische Landkreisordnung,

Hessisches Kommunalwahlgesetz

Das Kommunalrecht gehört zu den wenigen Materien, in denen die **Bundsländer die volle Gesetzgebungshoheit** haben ([Art. 70 ff. GG](#)).

Als "**Kommunalverfassung**" werden die Gesetze bezeichnet, welche die Grundregeln für die kommunale Selbstverwaltung und die vor Ort gelebte Demokratie erhalten, d.h. die Hessische Gemeindeordnung ([HGO](#)), die Hessische Landkreisordnung ([HKO](#)) und das Hessische Kommunalwahlgesetz ([KWG](#)). In der Entstehungsphase des Landes Hessen maß man insbesondere der Gemeindeordnung keine geringere Bedeutung bei als der Landesverfassung. Daher rührt der Begriff "Kommunalverfassung".

Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 Stand:

Präambel

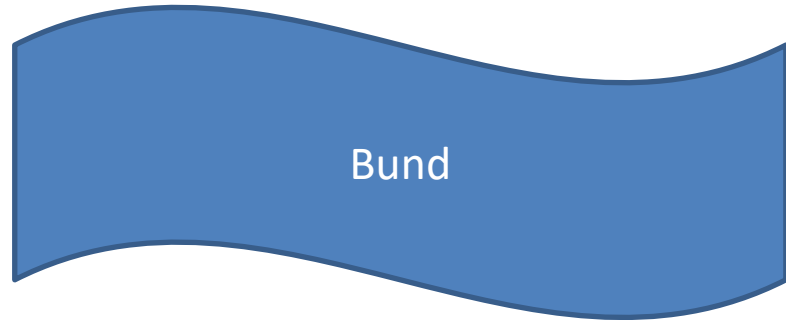
In der Überzeugung, dass Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann, hat sich Hessen als Gliedstaat der Deutschen Republik diese Verfassung gegeben

INHALTSVERZEICHNIS

Erster Hauptteil: Die Rechte des Menschen

- I. Gleichheit und Freiheit Artikel 1–16
- II. Grenzen und Sicherung der Menschenrechte Artikel 17–26
- III. Soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten Artikel 27–47
- IV. Staat, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften Artikel 48–54
- V. Erziehung, Bildung, Denkmalschutz und Sport Artikel 55–62 a
- VI. Gemeinsame Bestimmung für alle Grundrechte Artikel 63

Zweiter Hauptteil: Aufbau des Landes



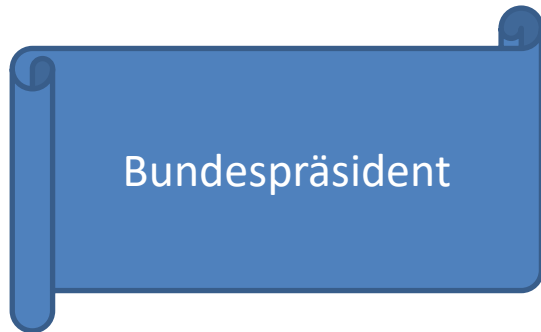
Art 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Die Verfassungsorgane



Dr. Frank-Walter Steinmeier

Aufgaben des Bundespräsidenten

Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung gewählt. Die Amtszeit beträgt 5 Jahre, max. eine Wiederwahl ist möglich

Völkerrechtliche Vertretung des Bundes

Prüfung, Unterzeichnung und Verkündung von **Bundesgesetzen**

Vorschlag, Ernennung und Entlassung des **Bundeskanzlers**

Ernennung und Entlassung der **Bundesrichter, Bundesbeamten und Offiziere**

Auflösung des Bundestages nach gescheiterter Kanzlerwahl oder einer gescheiterten Vertrauensfrage

Repräsentation nach innen und außen

Feststellung des **Verteidigungsfalls**

Ernennung und Entlassung der **Bundesminister**

Beglaubigung diplomatischer Vertreter

Neuwahlen herbeiführen

Begnadigungsrecht



Erklärung des **Gesetzgebungsnotstands**

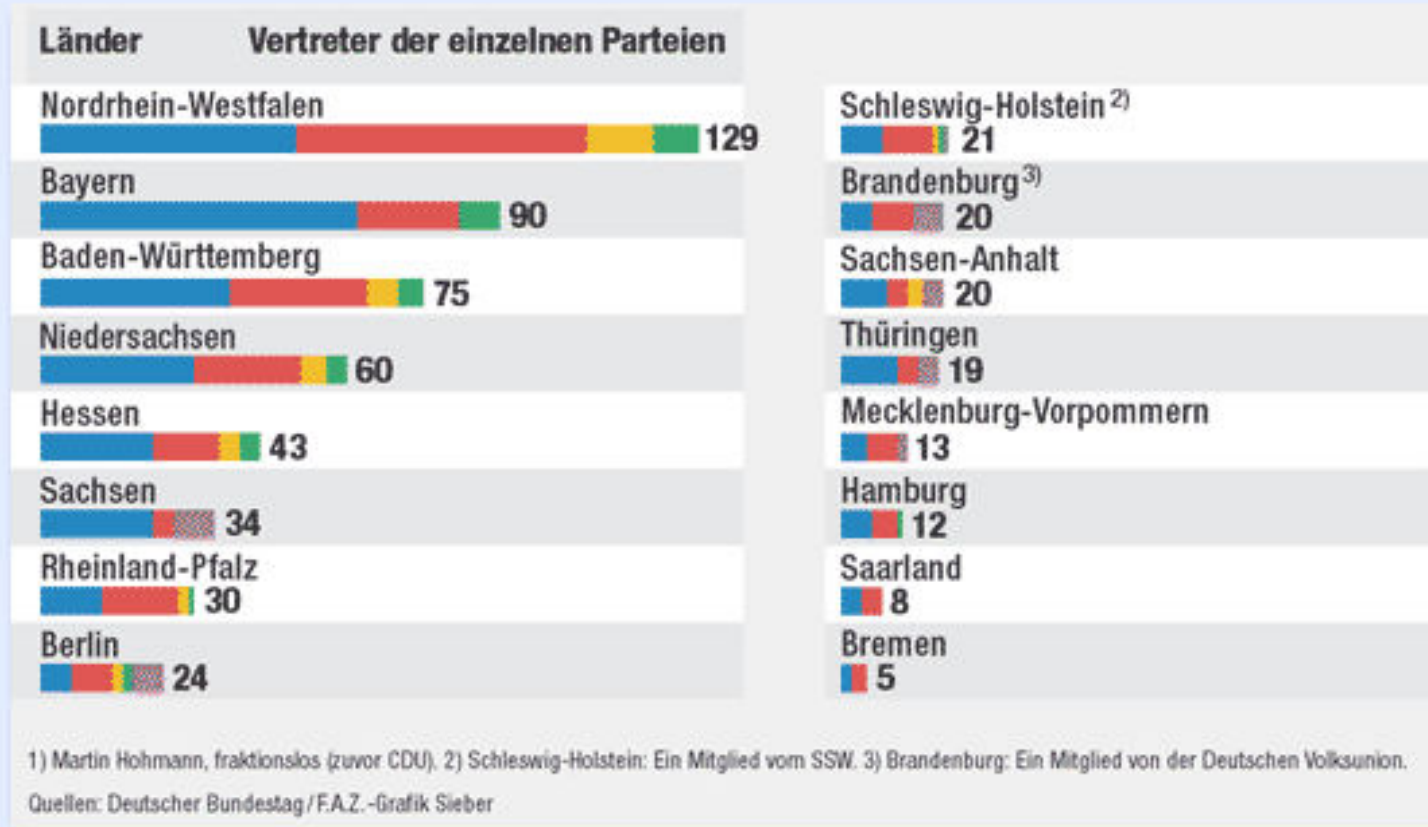


AFP

Quelle: Bundespräsidialamt

Wer den Bundespräsidenten wählt

Von den Ländern entsandte Mitglieder



Bewerber um das Präsidentenamt

Amtsinhaber **Dr. Frank-Walter Steinmeier** hatte bereits am 28. Mai 2020 seine Bereitschaft zu einer weiteren Kandidatur erklärt. Die SPD hatte Steinmeier noch am gleichen Tag ihre Unterstützung zugesagt. Am 23. Dezember 2021 gab die FDP ihre Unterstützung bekannt, am 4. Januar 2022 folgten Bündnis 90/Die Grünen und einen Tag darauf CDU und CSU. Am 13. Februar 2022 wurde Dr. Frank-Walter Steinmeier zur 2. Amtsperiode im Paul-Löbe-Haus in Berlin gewählt.

Bundestagsmitglieder und Vertreter der Länder

Die Bundesversammlung besteht aus allen Bundestagsabgeordneten und der gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder gewählt werden. Der kommenden Bundesversammlung werden entsprechend 1.472 Mitglieder angehören (736 Bundestagsabgeordnete und 736 von den Landesparlamenten bestimmte Mitglieder). Wie viele Vertreter die einzelnen Länder in die Bundesversammlung entsenden dürfen, errechnet sich anhand ihrer Bevölkerungszahlen. Die Ländervertreter müssen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in den jeweiligen Volksvertretungen gewählt sein. Bei ihnen handelt es sich meistens um Landtagsabgeordnete, es können aber auch Kommunalpolitiker und Persönlichkeiten aus anderen Bereichen des öffentlichen Lebens ein Mandat erhalten.

Demnach hatten zur 17. Bundesversammlung die Volksvertretungen der Bundesländer 94 Mitglieder aus Baden-Württemberg, 115 aus Bayern, 30 aus Berlin, 24 aus Brandenburg, sechs aus Bremen, 16 aus Hamburg, 53 aus Hessen, 16 aus Mecklenburg-Vorpommern, 73 aus Niedersachsen, 156 aus Nordrhein-Westfalen, 37 aus Rheinland-Pfalz, neun aus dem Saarland, 39 aus Sachsen, 21 aus Sachsen-Anhalt, 27 aus Schleswig-Holstein und 20 aus Thüringen entsendet.

Die Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland



Theodor Heuss
(FDP)
1949 - 1959



Heinrich Lübke
(CDU)
1959 - 1969



Gustav Heinemann
(SPD)
1969 - 1974



Walter Scheel
(FDP)
1974 - 1979



Karl Carstens
(CDU)
1979 - 1984



Richard v. Weizsäcker
(CDU)
1984 - 1994

dpa•24201



Roman Herzog
(CDU)
1994 - 1999



Johannes Rau
(SPD)
1999 - 2004



Horst Köhler
(CDU)
2004 - 2010



Christian Wulff
(CDU)
2010 - 2012



Joachim Gauck
(parteilos)
2012 - 2017



Frank-Walter Steinmeier
(SPD)
ab 2017

Quelle: Bundespräsidialamt

Bundestag



Bärbel Bas



Was sind die Aufgaben des Bundestages?

Die wichtigsten Aufgaben des Bundestages sind die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierungsarbeit. Die Abgeordneten entscheiden über den Bundeshaushalt und die Einsätze der Bundeswehr im Ausland.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Bundestages ist die Wahl der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers.

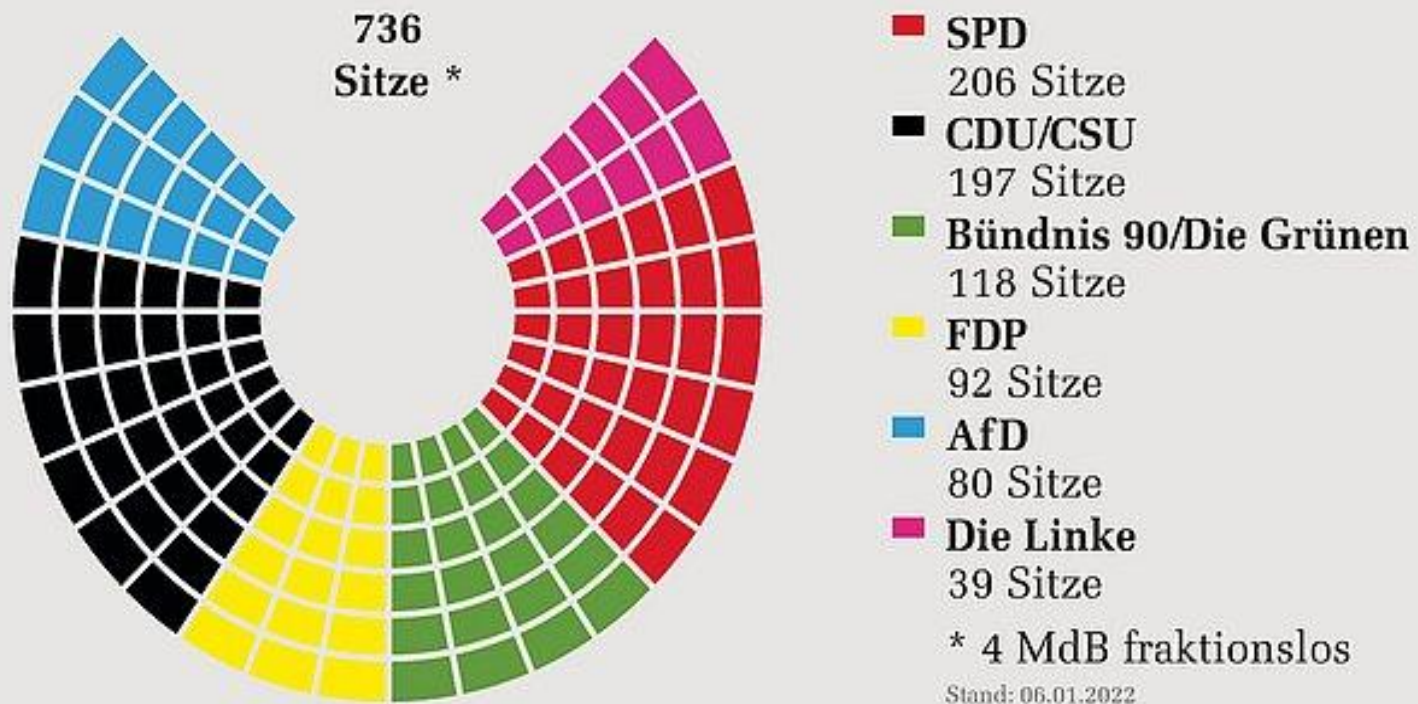
Der Bundestag ist der Ort, an dem unterschiedliche Auffassungen über den „richtigen“ politischen Weg vor den Augen der Öffentlichkeit formuliert und debattiert werden.

Der Bundestag wird zudem als Parlament vom Volk gewählt. Damit hat es als einziges Verfassungsorgan die direkte Legitimation der Bürgerinnen und Bürger.

"Im Parlament schlägt das Herz unserer Demokratie.", betonte Dr. Wolfgang Schäuble in seiner Antrittsrede als Bundestagspräsident.

Das Mehrparteienprinzip

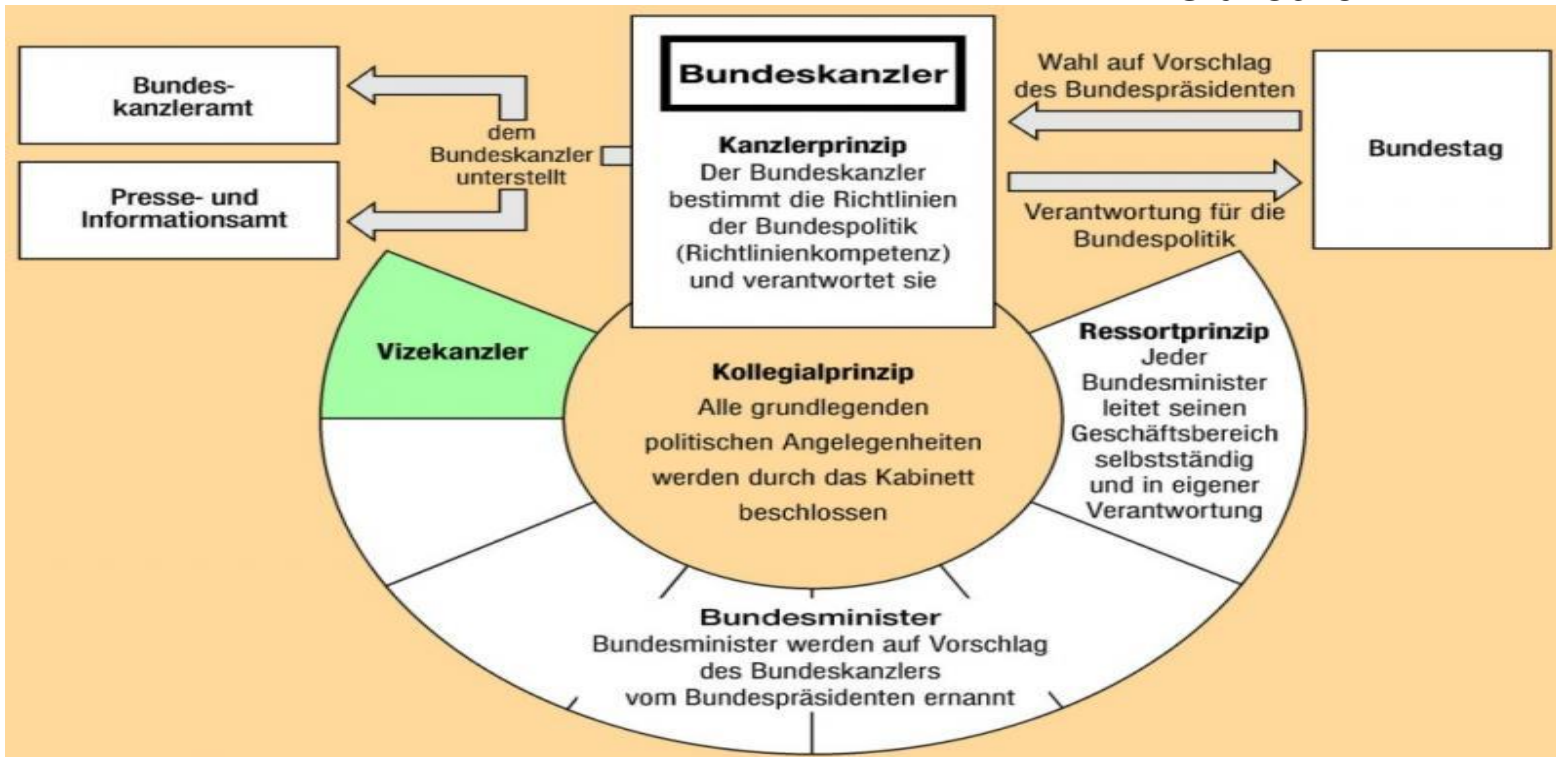
Sitzverteilung im 20. Deutschen Bundestag



Bundeskanzler



Olaf Scholz





Deutschland hat am 26. September 2021 eine neue Bundesregierung gewählt. Olaf Scholz ist der neue Bundeskanzler. In seiner Regierung sind Politikerinnen und Politiker aus den drei Parteien SPD, Grüne und FDP. Diese Regierungskoalition wird auch „Ampelregierung“ genannt.

Deutsche Bundeskanzler seit 1949



Konrad Adenauer
1949–1963

Ludwig Erhard
1963–1966

Kurt Georg Kiesinger
1966–1969

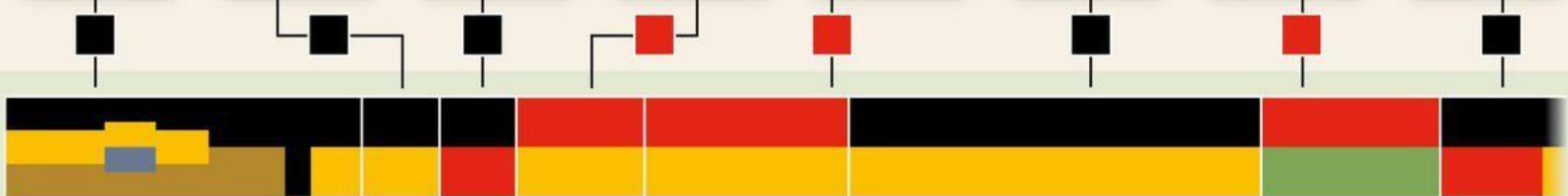
Willy Brandt
1969–1974

Helmut Schmidt
1974–1982

Helmut Kohl
1982–1998

Gerhard Schröder
1998–2005

Angela Merkel
seit 2005



Regierungen *CDU/CSU* *FDP* *DP** *GB/BHE*** *SPD* *Grüne*

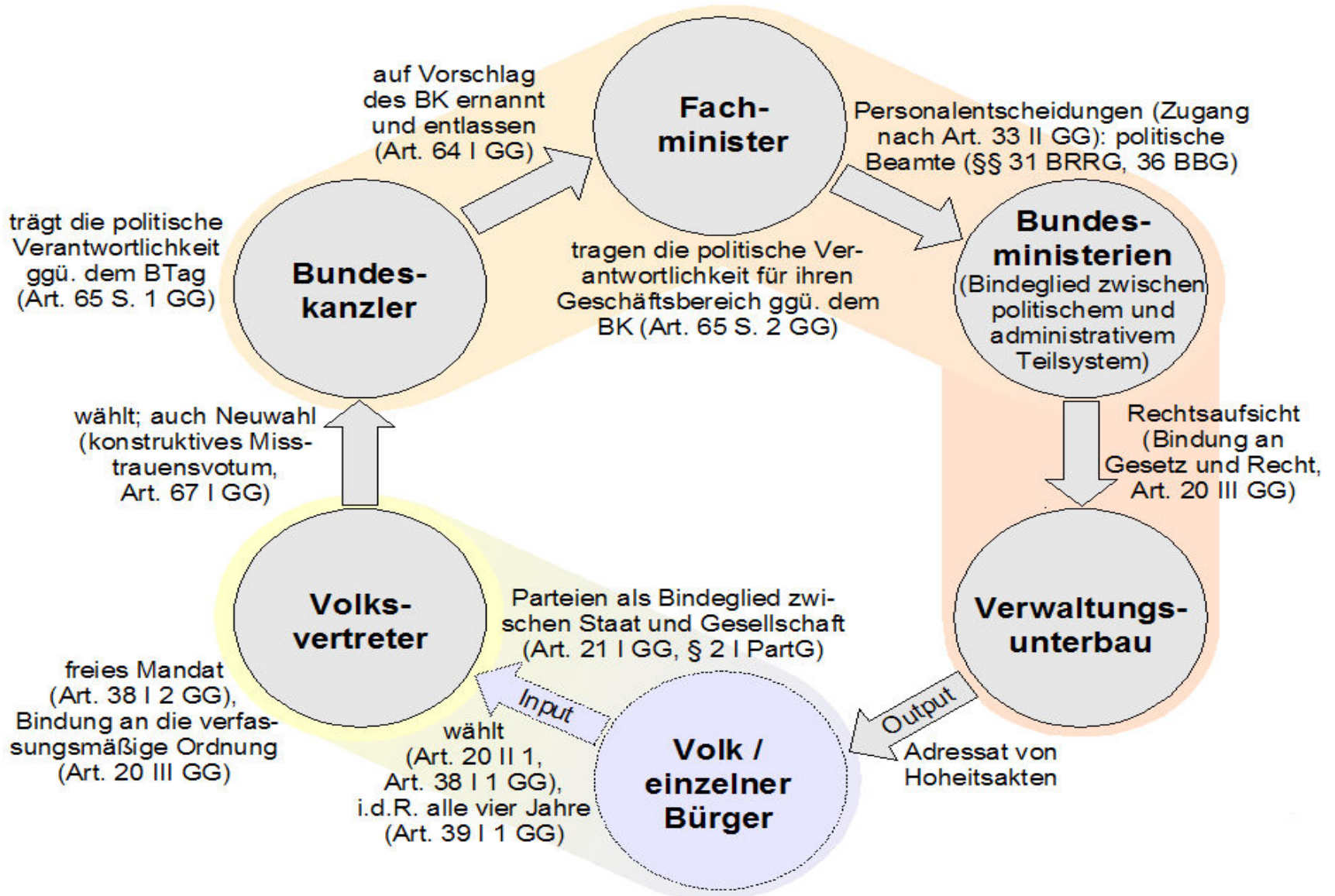
* *Deutsche Partei* ** *Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten*

Grafik: © APA, Quelle: APA/Deutsche Bundesregierung, Fotos: dpa/epa



Angela Merkel ist nicht mehr Bundeskanzlerin. dies ist seit 08. 12. 2021 Olaf Scholz,SPD





Bundesrat



Aktuell ist der Ministerpräsident der Hansestadt Hamburg, Dr. Peter Tschentscher, der Bundesratspräsident. Die Amtszeit ist immer für 12 Monate.



Bundesrat – Aufgaben- Gesetzgebung

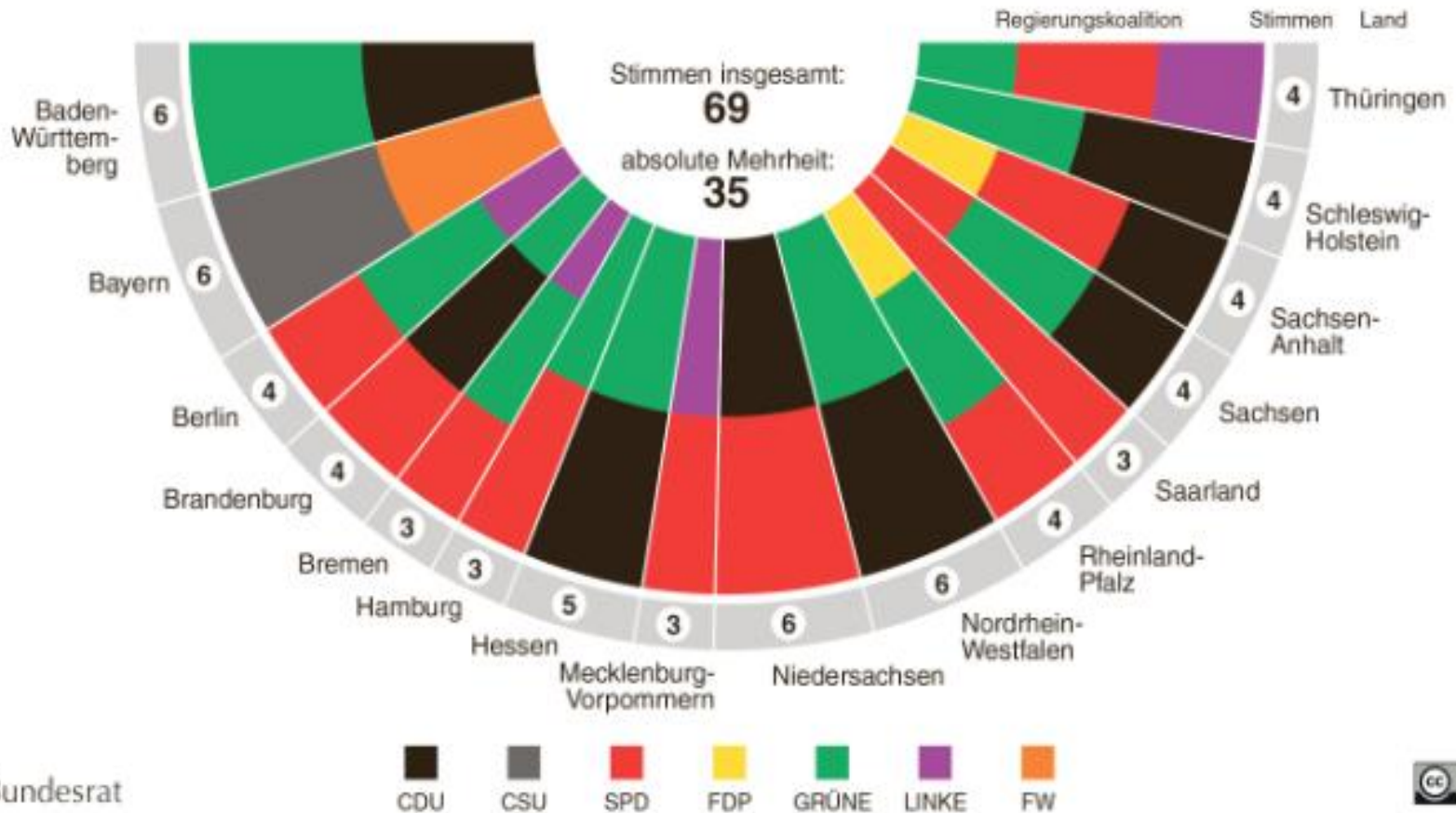
*„Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.“ (Artikel 70 Abs. 1 GG).
Ausgehend von der Prämisse der originären Länderzuständigkeit, hat das Grundgesetz dem Bund überwiegend die Kompetenzen im Bereich der Gesetzgebung übertragen.*

In der eigenen Zuständigkeit der Länder verbleiben nur noch wenige Bereiche, wie zum Beispiel die Bildung, die Kultur und das Polizei- und Ordnungsrecht. Nur dort können die jeweiligen Landesparlamente eigene Gesetze erlassen. Der weit überwiegende Teil der Gesetze wird vom Deutschen Bundestag und damit vom Bund beschlossen.

© panthermedia | Helma Spona

Die Zusammensetzung des Bundesrates

seit 29. Juni 2022

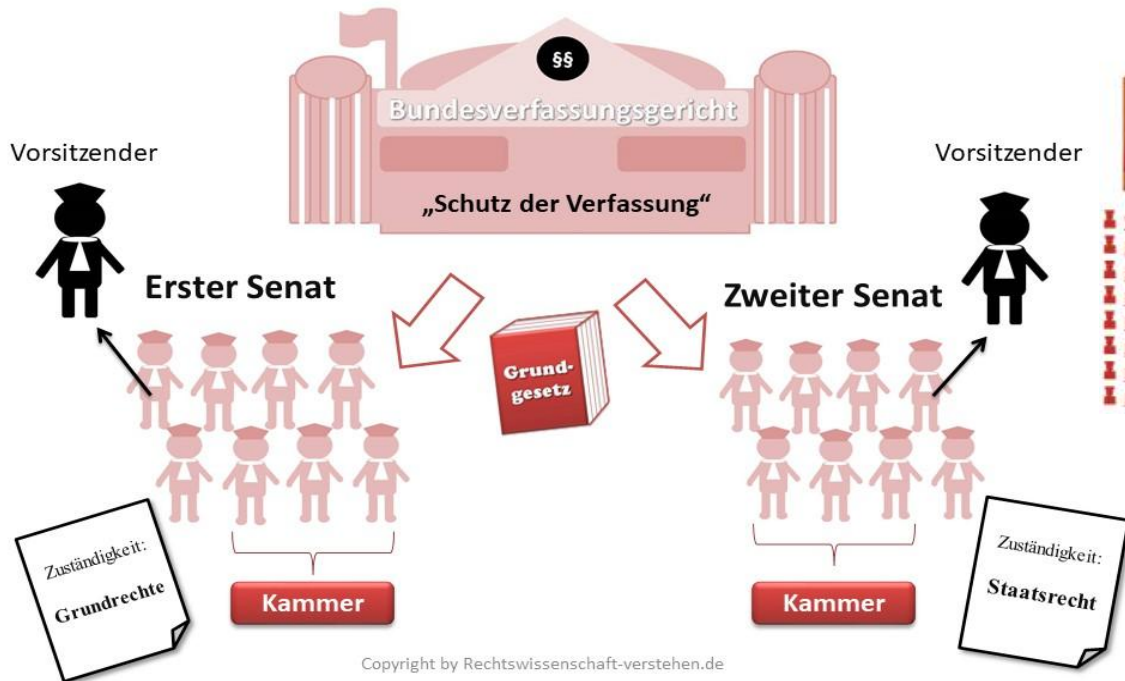


Bundesverfassungsgericht



Dr. Stephan Harbarth

Aufbau des Bundesverfassungsgerichts



Die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts

Erster Senat



- 🏛️ Vizepräsident Prof. Dr. Kirchhof
- 🏛️ BVR Prof. Dr. Gaier
- 🏛️ BVR Prof. Dr. Eichberger
- 🏛️ BVR Schluckebier
- 🏛️ BVR Prof. Dr. Masing
- 🏛️ BVR Prof. Dr. Paulus
- 🏛️ BVRin Prof. Dr. Baer
- 🏛️ BVRin Prof. Dr. Britz

Zweiter Senat



- 🏛️ Präsident Prof. Dr. Voßkuhle
- 🏛️ BVR Prof. Dr. Dr. Di Fabio
- 🏛️ BVR Prof. Dr. h.c. Mellinshoff
- 🏛️ BVRin Prof. Dr. Lübke-Wolff
- 🏛️ BVR Dr. Gerhardt
- 🏛️ BVR Prof. Landau
- 🏛️ BVR Prof. Dr. Huber
- 🏛️ BVRin Hermanns

Gewaltenteilung

Bundestag/Bundesrat
und
Landtage

Bundesregierung, Landes-
regierungen,
Öffentlicher Dienst

Bundesverfassungsgericht,
Bundesgerichtshof, Landes-
gericht, Amtsgerichte



Die gesetzgebende
Gewalt

LEGISLATIVE



Die ausführende
Gewalt

EXEKUTIVE



Die richterliche
Gewalt

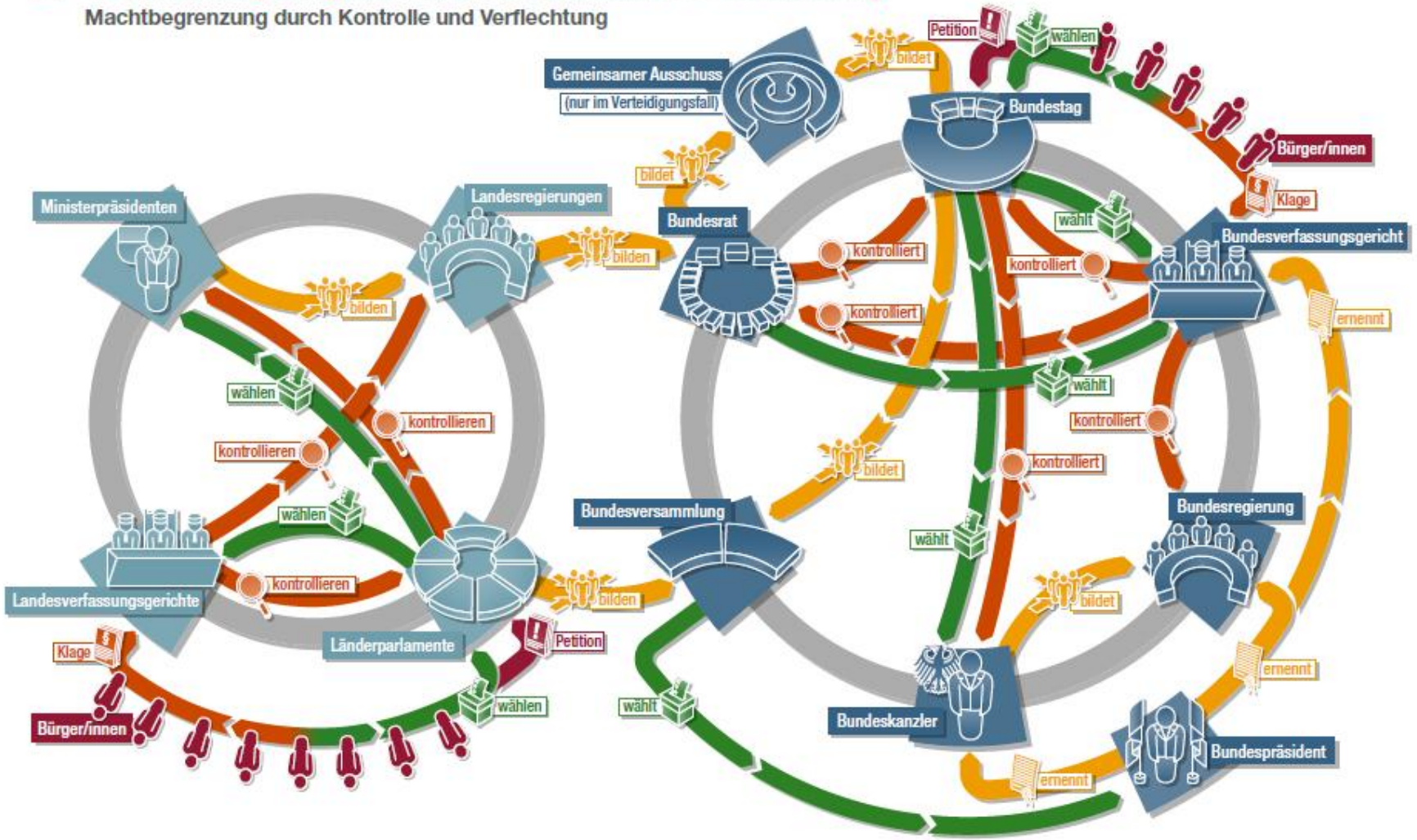
JUDIKATIVE





Verfassungsorgane und Gewaltenschranke

Machtbegrenzung durch Kontrolle und Verflechtung



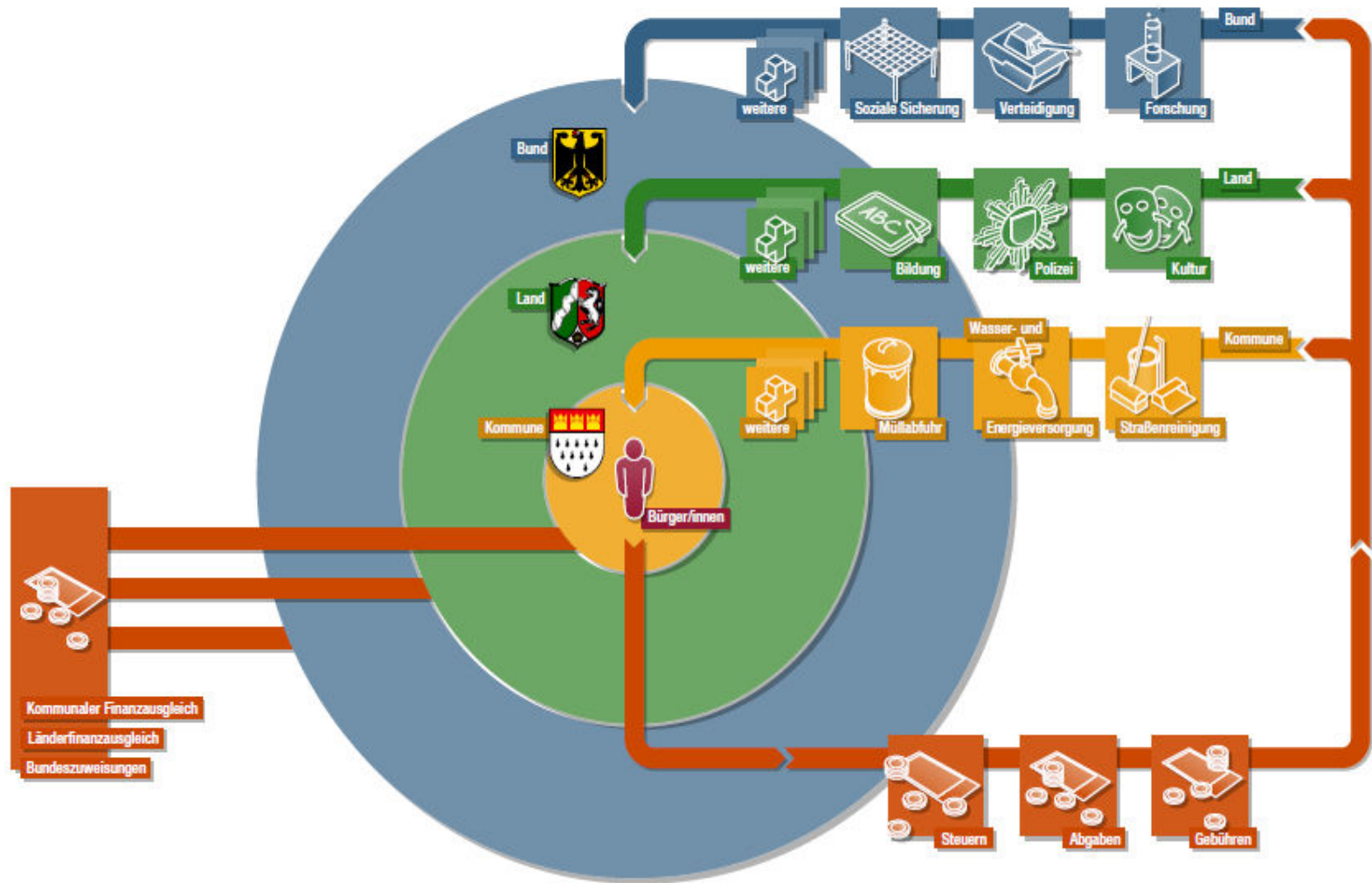
Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de



Bund, Länder, Kommunen

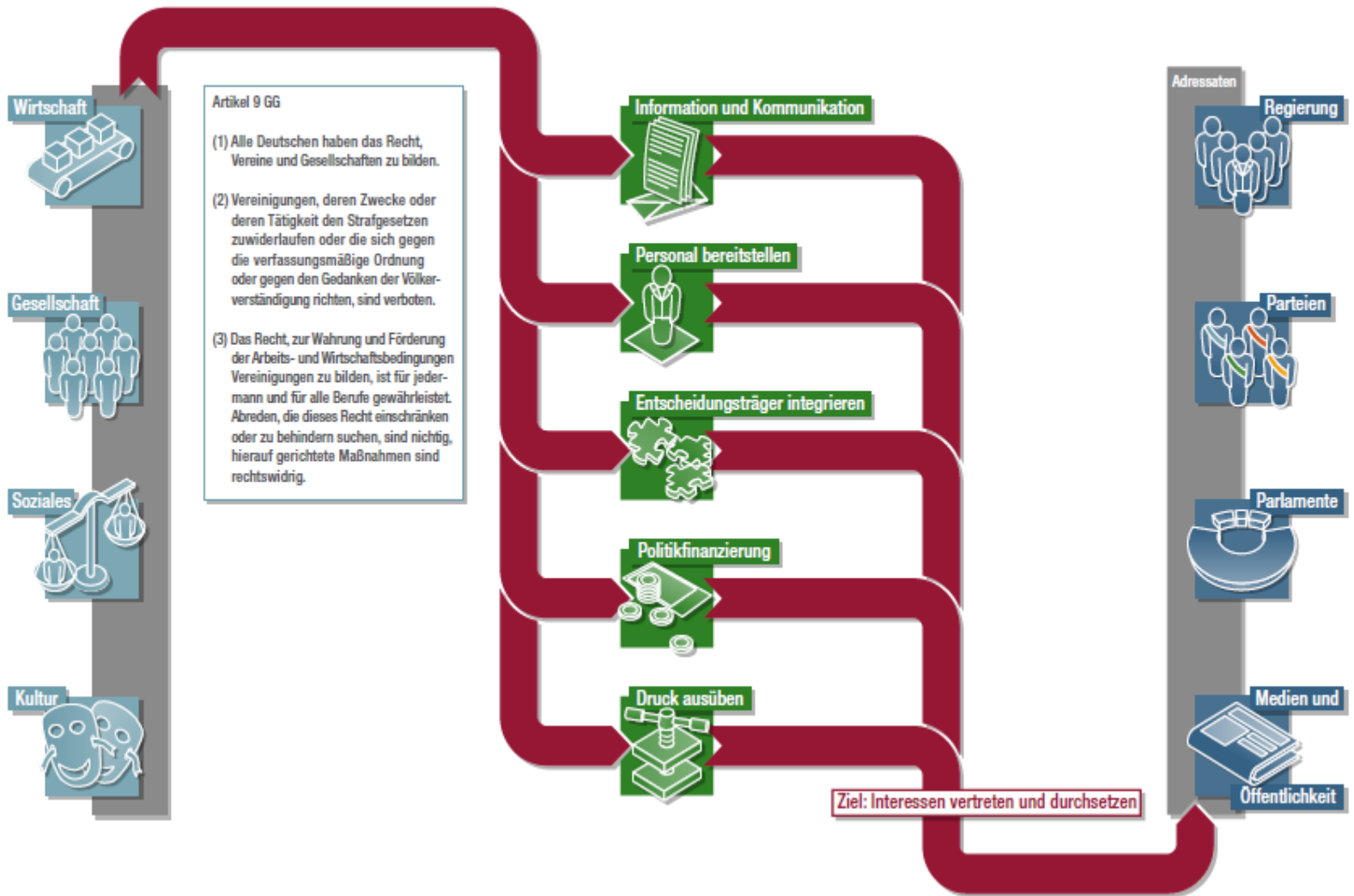
Beispiele für Einnahmen und Aufgaben





Interessenvertretung

Beispiele für Methoden und Adressaten von Lobbyismus

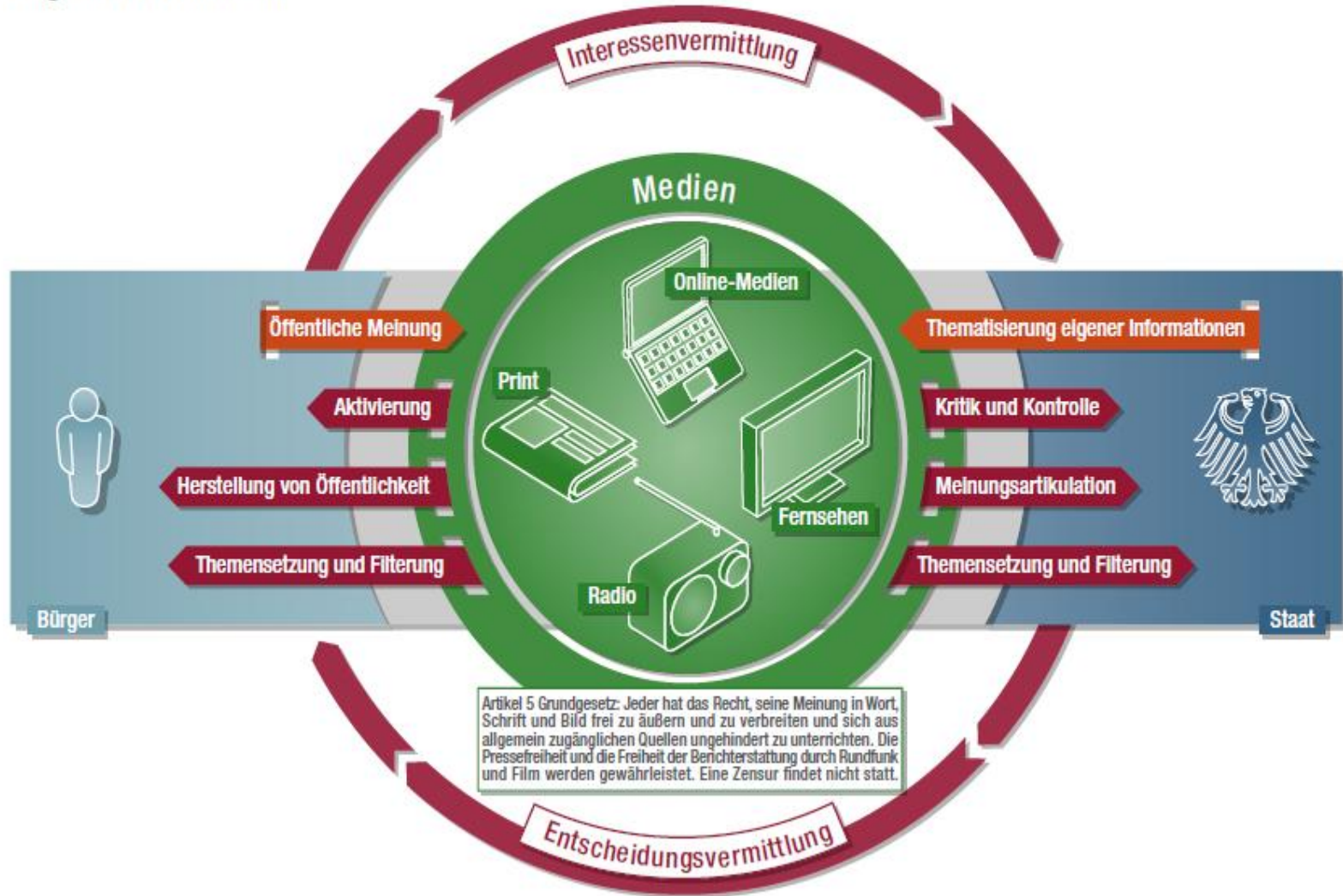


Beispiel für zwei große Interessenvertreter: Arbeitgeber - Arbeitnehmer



Medien

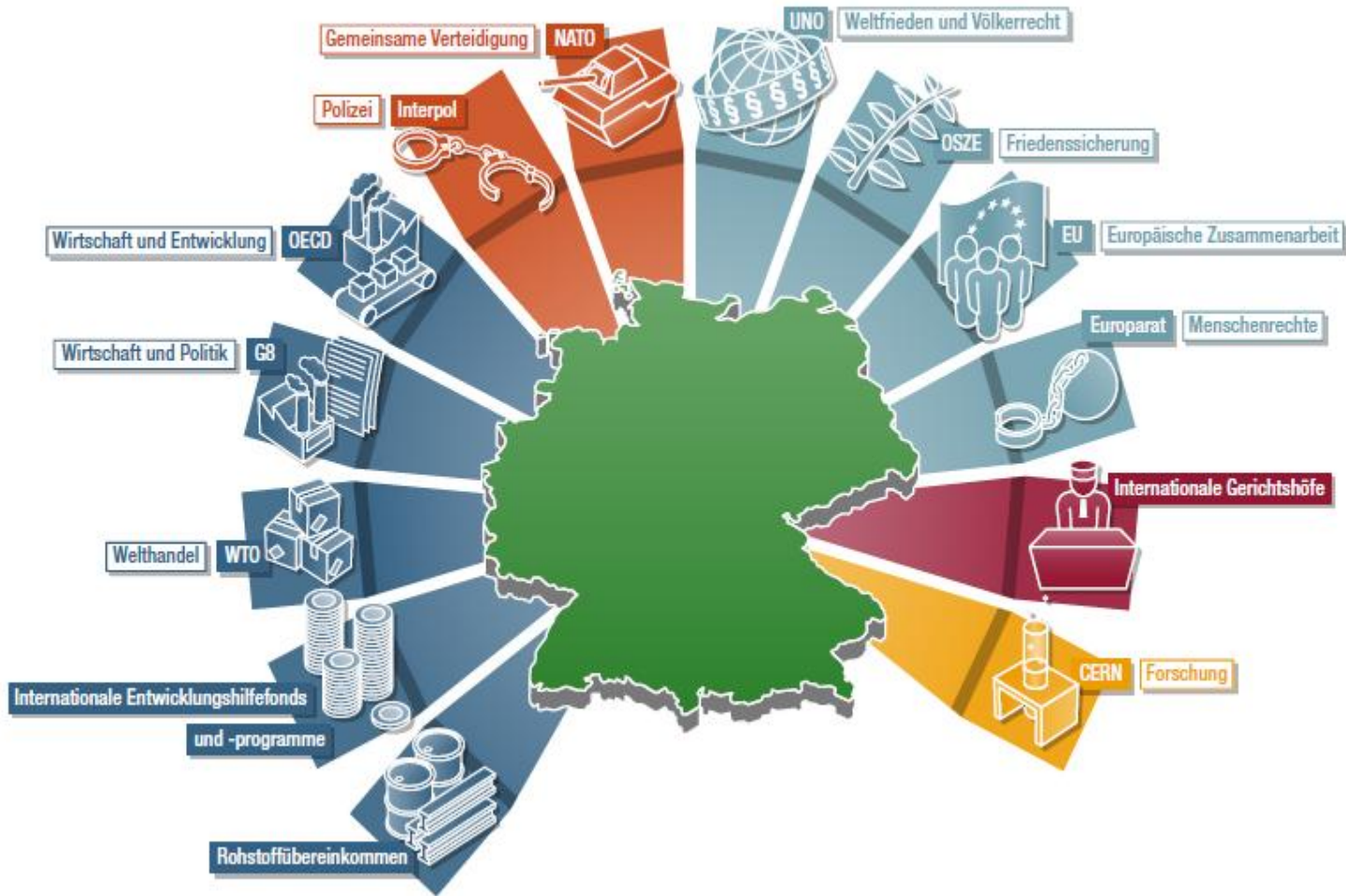
Aufgaben und Funktionen





Deutschland in internationalen Organisationen

Beispiele für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland





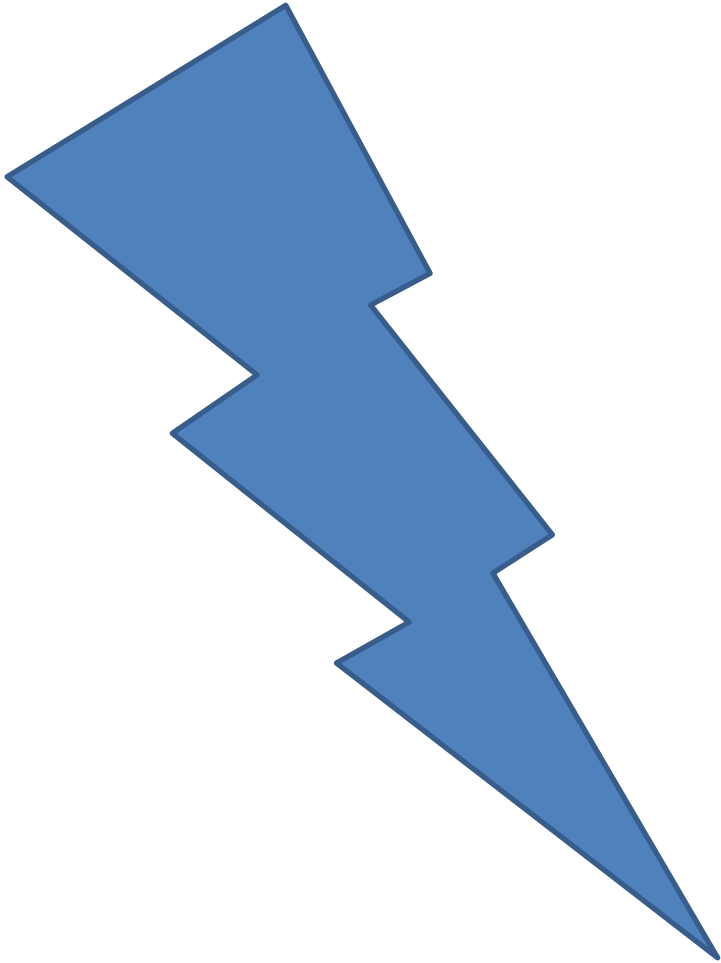
Diskussion



Fragen ??



Blitzlichtrunde



- Was nehme ich heute mit?
- Was hat mir gut gefallen?
- Hat mir etwas gefehlt?

*Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit !*

Quellenverzeichnis:

Bundeszentrale für politische Bildung – www.bpb.de

Hessischer Landtag – www.hessischer-landtag.de

Bundestag – www.bundestag.de

Bundesrat – www.bundesrat.de

Bundesverfassungsgericht – www.bundesverfassungsgericht.de

Bilder: faz.de; buzzghana.com; scan Gallup/Getty; ka-news.de;

Fotos :Fürpahs-Zipp

Dr. Katharina Peetz – Präsentation 2019

Informationen zur Politischen Bildung, 3. Quartal 1991, Seite 2